



Das Ableben Jakob Kaisers, der in Berlin einem langen und schweren Leiden im Alter von 73 Jahren erlegen ist, hat in der deutschen Öffentlichkeit tiefe Anteilnahme ausgelöst (siehe Seite 2).

Johann B. Gradl:

Jakob Kaiser zum Gedenken

Es war stiller geworden um Jakob Kaiser, seit ihn vor mehr als vier Jahren schwere Krankheit auf ein ständiges Krankenzimmer zwang. Aber er nahm noch Anteil, prominente Besucher, Deutsche und Ausländer, Gleichgesinnte und politisch Andersdenkende, gingen immer wieder zu ihm. Nun ist der irdische Schlußstrich gezogen. Der Tod Jakob Kaisers ist eine wahrhaft schmerzliche Nachricht.

Sein Leben war die Politik, er war Politiker sozusagen von Natur her. Dieser Mann war offen für das Ganze, und er war berufen zum Dienst am Ganzen. Er war es nicht nur geistig, er war es auch charakterlich. Seine Arbeit vollzog sich von frühen Jahren an in gewerkschaftlichen und in politischen Organisationen. Dennoch war er niemals ein Funktionär im abschätzigen Sinne dieses Wortes. Taktische Überlegungen kamen immer erst in zweiter Linie. Er wußte, daß Politik nur die Kunst des Möglichen ist und daß deshalb auch Kompromisse sein müssen. Aber er hat Zugeständnisse nicht gemacht, wenn er nicht wirklich überzeugt war, daß sie der Sache wegen unvermeidlich und vor seinem Gewissen zu verantworten waren. Kompromisse des persönlichen Interesses wegen, das war nicht seine Art.

★

Jakob Kaiser war ein tapferer Mann. Er hat in seinem Leben manches Mal eine harte Haltung eingenommen, ein klares Nein gesagt, wo anderes bequemer gewesen wäre. Er hat als verantwortlicher Mann der christlichen Gewerkschaften im Mai 1933 den Nationalsozialisten die Gleichschaltung offen verweigert. Er hat zu der Gewaltherrschaft Hitlers nicht nur nein gesagt, sondern auch im Widerstand gehandelt, mit allen Risiken, bis zur Verfolgung, Verhaftung und Sippenhaft. Es

gehörte Mut dazu, im Sommer 1947 von Ostberlin aus der SED und der sowjetischen Besatzungsmacht entgegenzutreten mit dem Ruf: „Wir wollen Weltenbrecher gegen den Marxismus sein!“ Er ist gegen allen Druck und gegen alle Lockung der Sowjets im Dezember 1947 als Vorsitzender der Christlich-Demokratischen Union Berlins und der Sowjetzone bei seinem unerschütterlichen Nein geblieben. Und nicht zuletzt der entschiedenen Haltung von Jakob Kaiser als gesamtdeutschen Minister ist es zu verdanken, daß die Saar schließlich den deutschen Weg gehen konnte.

★

Immer war Jakob Kaiser stolz darauf, ein Mann der Arbeiterschaft zu sein. Sein Lebensweg fiel zusammen mit dem Aufstieg der Arbeiterschaft aus den Kellerräumen der Gesellschaft des vorigen Jahrhunderts zur gesellschaftlichen und politischen Gleichberechtigung, die heute selbstverständlich ist. In den Gesellenvereinigungen und in der Arbeiterbewegung im Rheinland hatte er bereits vor dem ersten Weltkrieg einen Namen. Es ist kennzeichnend für ihn, daß er nicht den Weg des Klassenkampfes ging. Klassenkampf und Klassenhaß als gesellschaftliche und politische Triebkräfte widersprachen der tiefen christlichen Gesinnung dieses Mannes. Und sie waren unvereinbar mit seiner Überzeugung, daß ein Volk, sein Volk, eine lebendige und verpflichtende Einheit ist, in der alle Stände und Klassen, Schichten und Landschaften in Verantwortung miteinander verbunden sind und sein müssen. Dieses Grundgefühl ist zugleich die Wurzel der Leidenschaft, mit der er später für die Wiedervereinigung des gespaltenen Landes eintrat.

Sein großer Freundeskreis in der christlich-nationalen Arbeiterbewegung und sein allgemeines Ansehen als Repräsentant der Arbeiterschaft waren eine wertvolle Mitgift für die von ihm wesentlich mitgegrün-

dete Christlich-Demokratische Union Deutschlands. Sein Entschluß und Bekenntnis zu dieser neuen deutschen Partei waren mitbestimmend für die Einstellung der ehemaligen christlichen Gewerkschafter, für Männer wie Karl Arnold, Johannes Albers und andere. Damit wurde der Christlich-Demokratischen Union jene Basis in der Arbeiterschaft zumal an Ruhr und Rhein gegeben, der die Partei den Charakter und die Breite einer echten Volkspartei verdankt, ein Gut, das gar nicht sorgsam genug geschützt werden kann.

Zu einem Begriff für die breite Öffentlichkeit unseres Landes und darüber hinaus ist Jakob Kaiser durch sein politisches Wirken seit 1945 geworden. Er hatte sich mit Gesinnungsfreunden aus allen sozialen und politischen Lagern während der Widerstandszeit darauf vorbereitet. Die Politiker, Gewerkschafter, Offiziere und Beamte des 20.-Juli-Kreises, zu dessen Führung Kaiser gehörte, hatten die geistige Arbeit an dem Bild eines neuen, besseren Deutschland sehr ernst genommen. Aber dann kam alles ganz anders. Und als Jakob Kaiser Ende April 1945 aus dem Keller in Berlin-Babelsberg hervorkam, in dem er nach dem Fehlschlag des 20. Juli ein Versteck vor der Gestapo gefunden hatte, da zeigte sich das nationale Unglück noch sehr viel größer als vorher erwartet.

★

Daß die Sowjets nach der Kapitulation nicht nur Besatzungsmacht, sondern Eroberungsmacht sein wollten, wurde schnell offenbar. Damals wäre es für Jakob Kaiser ein leichtes gewesen, nach dem Westen zu gehen — dort, im Mainfränkischen, war seine Heimat, dort, in Essen, lag sein alter Reichstagswahlkreis, dort, in Köln, hatte er sein Haus, dort, im Rheinland, war sein vertrauter Wirkungsbereich und

(Fortsetzung auf Seite 3)

Koalition keine „Fitzokratie“

Bürgermeister Amrehn über die Berliner Politik

Berlin (Eigenmeldung). Als fairen Kompromiß, um zu praktischen politischen Entscheidungen zum Wohle ganz Berlins zu kommen, bezeichnete Bürgermeister Amrehn die Berliner Koalition. Er betonte, die Koalition sei kein Anlaß, Verschiedenheiten der Anschauungen von CDU und SPD zu verbergen. Die politische Zusammenarbeit in Berlin dürfe nicht in den Verdacht der „Fitzokratie“ kommen. Amrehn wies die SPD-Kritik an seinen Ausführungen über die Koalition

auf dem CDU-Landesparteitag als unsachlich zurück.

Auf die Berlin-Frage eingehend, betonte Amrehn die Verantwortung der drei Westmächte für Berlin und wies den Vorschlag einer UNO-Aufsicht zurück. Bei neuen Berlin-Verhandlungen der Großmächte müsse über Groß-Berlin gesprochen werden und nicht über Westberlin allein, betonte Amrehn. Derartige Gespräche müßten zur Erörterung des Problems Gesamtdeutschlands führen.

Jakob Kaiser zum Gedenken

(Fortsetzung von Seite 2)

waren viele seiner gewerkschaftlichen und politischen Freunde. Aber er kam nicht einmal auf den Gedanken, Berlin zu verlassen. Er war ganz fest überzeugt, daß an Ort und Stelle der Überfremdung widerstanden und daß deutscher Wille vor den Sowjets unmittelbar geltend gemacht werden mußte. Verzicht auf die politische Auseinandersetzung in der Hauptstadt Deutschlands, das wäre ihm wie eine zweite Kapitulation vorgekommen.

★

Kaiser und seine politischen Freunde — Hermes, Schreiber, Lemmer, Tillmanns, Krone und alle die anderen — haben damals versucht, mit Geduld und Zähigkeit auch zu den Sowjets ein positives Verhältnis zu finden. Es war ein redlicher deutscher Appell an Vernunft und Einsicht auf sowjetischer Seite. Illusionen bestanden nicht, über den ideologischen Gegensatz täuschte man sich nicht. Aber man war auch davon überzeugt, daß die Einheit von Volk und Reich in Gefahr kam, wenn es — aus welchen Gründen auch immer — nicht gelänge, die östliche Besatzungsmacht zur Respektierung freien deutschen Willens zu bewegen. Für Jakob Kaiser war das Reich nicht Gegenstand nationalistischen Größenwahns. Für ihn war das Reich die verkörperte Einheit seines Volkes, die tausendjäh-

rige Geschichte der Deutschen, die gleichberechtigte, aber auch gleichverpflichtete deutsche Gemeinschaft neben den anderen Völkern, die Brücke der Verbundenheit von einem Teil Europas zum anderen.

Man hat damals Kaiser vorgehalten, er sei zu langmütig, zu wenig entschlossen, man hat ihn als „Brückenbauer“ und „Träumer“ bezeichnet. Aber dieser Mann wußte genau die Grenze, bis zu der er gehen konnte. Er sah die Gefahr für die deutsche Einheit und die Angst der Menschen in der Sowjetzone vor dem Allein-gelassen-Werden zu klar, als daß er nicht bis an diese Grenze gegangen wäre. Als sie erreicht war, als die Sowjets seine Zustimmung zum ersten „volksdemokratischen Kongreß“ verlangten, da war sein Nein unwiderrüflich. Und weil Kaiser nicht zurückwich, mußte die sowjetische Befetzungsbehörde offen eingreifen, um ihn und die anderen opponierenden Mitglieder des CDU-Vorstandes auszuschalten. Damit war vor aller Welt offenbar, was die Sowjets in Deutschland wollten. Zugleich war jener Voralarm gegeben, der die westlichen Mächte auf die kommende Krise vorbereitete: ein Vierteljahr später kam der sowjetische Auszug aus dem Kontrollrat und wieder ein Vierteljahr später die Berliner Blockade. Damals bekam Jakob Kaiser seinen Platz in der deutschen Nachkriegsgeschichte.

Es war selbstverständlich, daß gerade ihm nach der Bildung der Bundesrepublik das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen anvertraut wurde. Auf diesem Posten mußte ein Mann stehen, der sich der Aufgabe zutiefst verpflichtet fühlte. Immer blieb er der Aufgabe auf der Spur. Er gab seinen Parteifreunden, die als politische Flüchtlinge den sowjetischen Besatzungsbereich verlassen mußten, in der Exil-CDU wieder eine politische Basis. Er gründete das überparteiliche Kuratorium „Unenteilbares Deutschland“. Es war (und ist) eine schwere, vielleicht mit die schwerste Aufgabe in der deutschen Politik, den gesamtdeutschen Willen wachzuhalten über die Jahre, über alle Enttäuschungen, Zweifel, Müdigkeiten hinweg. Dafür zu sorgen, daß die gesamtdeutschen Gesichtspunkte stets beachtet werden und daß das Mögliche im politischen Kampf gegen die Machthaber der Zone geschieht.

★

Dieses Leben, das nun abgeschlossen ist, verdient bewundert zu werden. Jakob Kaiser hat das gesamtdeutsche Ziel nicht erreicht, für das er so leidenschaftlich gewirkt und sich schließlich aufgerieben hat. Aber das Urteil über ein Leben hängt nicht von den Erfolgen ab, sondern von der Gesinnung, die es erfüllte, und von dem Willen, der es beherrschte. Jakob Kaiser war ein lauterer und sachlicher Mann. Schnell hingesagte Meinungen mochte er nicht, schon gar nicht abfällige. Er war nicht leichtfertig mit seinen Urteilen und Entschlüssen. Hatte er sich entschieden — ob es nun Menschen oder Dingen galt —, dann stand er ganz fest. Er war ein herber Mensch. Oft wurde er als verschlossen, zuweilen als hochmütig empfunden. Aber das war nur der äußere Widerschein der inneren Strenge, in der er mit sich selber umging. Sein Sinnen und Denken waren immer bei der Aufgabe. Die Aufgabe wechselte mit den Zeiten, aber die Richtung blieb immer die, auf die dieser Mann angelegt war und in der er sich selber treu blieb, indem er sie klar und entschieden als inneren Befehl annahm: das Ganze seines Volkes.

Freiheit und Frieden für alle

Die machtvolle Berliner Mai-Kundgebung der 700 000 auf dem Platz der Republik

Berlin (Eigenbericht). Zur größten Malkundgebung der westlichen Welt gestaltete sich auch in diesem Jahr wieder das Bekenntnis der Berliner für Freiheit und Frieden. Mehr als 700 000 Menschen aus beiden Teilen der Stadt waren auf dem Platz der Republik vor dem Reichstag zusammengeströmt, um ihre Standhaftigkeit gegenüber den sowjetischen Berlin-Drohungen zu bekunden. Zu ihnen sprachen Bundesratspräsident Meyers, der Regierende Bürgermeister Brandt und der Berliner DGB-Vorsitzende Sickert. In bewegten Worten forderten alle drei Redner das Selbstbestimmungsrecht für das ganze deutsche Volk.

Bundesratspräsident Meyers erklärte in seiner Rede unter starkem Beifall: „Unsere Antwort gegen den Kommunismus ist dieselbe wie gegen die Hitlerdiktatur, die gleiche wie gegen die wirtschaftliche Unterdrückung im vorigen Jahrhundert: Freiheit für alle Menschen, für alle Stände, für alle Rassen.“ Meyers dankte Präsident Kennedy für seine feierliche Berlin-Garantie und sagte wörtlich: „Wo freie Menschen sich entschlossen zeigten zur Verteidigung der Freiheit, ist der Kommunismus noch immer zurückgewichen. Die freie Welt ist unüberwindlich, wenn sie einig ist.“

Der Regierende Bürgermeister Brandt würdigte in seiner Rede den „Siegeslauf, den die Idee des Selbstbestimmungsrechtes angetreten hat“ und der an den Grenzen Berlins und Deutschlands nicht haltmachen werde. Zu den zahlreichen afro-asiatischen Gästen gewandt, erklärte Brandt: „Friede bedeutet, daß alle Menschen die Möglichkeit haben, frei von Hunger und frei von Angst zu leben. Dazu wollen und werden wir auch in Berlin beitragen.“ Brandt sagte, die Berliner hüteten die Freiheit wie ein Juwel, nicht nur für sich, sondern auch für die Landsleute im Osten. „In dieser Stadt leben Menschen, die sich ihren Freiheitswillen durch nichts abkaufen lassen.“

Vorher hatte sich der Berliner DGB-Vorsitzende Sickert scharf gegen die Methoden der Ostberliner Machthaber ausgesprochen. Auf die Militärparade in Ostberlin eingehend, sagte er: „Wer den Kampftag der Arbeitnehmer so verhöhnt, hat das Recht verwirkt, sich Arbeiter- und Bauernstaat zu nennen.“ Den sowjetischen FDGB bezeichnete Sick-

kert als „Antreiberorganisation“.

Der Berliner DGB-Vorsitzende richtete allerdings auch wieder Angriffe gegen die Bundesregierung, die nicht den ungeteilten Beifall der Kundgebungsteilnehmer fanden. Er erklärte: „Wir wehren uns gegen die Not-

standsgesetzgebung der augenblicklichen Lesart und erst recht gegen das Eingreifen des Bundeswirtschaftsministers in die Tarifautonomie der Tarifvertragsparteien.“

Die eindrucksvolle Kundgebung, in deren Verlauf mehrfach — allerdings von den Berlinern kaum beachtet — Zonen-Flugzeuge mit Spruchbändern den Platz der Republik überflogen, wurde mit der dritten Strophe des Deutschlandliedes beschlossen. Unter dem Geläut der Freiheitsglocke sprach der Schauspieler Hans Söhnker den Glockenschwur von der Unantastbarkeit der Freiheit.

Döpfner: Recht auf Eigentum

Breitere Streuung notwendig — Kritik am Ost-Arbeitsgesetz

Berlin (Eigenmeldung). Gegen eine grundsätzliche Einschränkung des Eigentumsrechtes hat sich der katholische Bischof von

der arbeitende Mensch um seine Freiheit gebracht und gerate in eine ungerechte Abhängigkeit von Staat und Gesellschaft.

Auch heute noch gebe es trotz der Besserung der äußeren sozialen Verhältnisse ein Proletariat, sagte der Kardinal, wenn auch nicht im Sinne des letzten Jahrhunderts. Diese „nicht unbedenkliche Besitzlosigkeit“ habe sich daraus ergeben, daß in den letzten Jahren das Einkommen aus unselbständiger Tätigkeit wesentlich hinter der Gewinnsteigerung der Unternehmer zurückgeblieben sei. Mutig und zielbewußt müßten neue Wege zu einer breiteren Streuung des Eigentums beschritten werden.

In seiner Predigt unter dem Titel „Wirtschaft um des Menschen willen“ kritisierte der Bischof ferner das neue Arbeitsgesetzbuch der Sowjetzone, das in „bestürzender Eindeutigkeit christlichem Denken und den Grundrechten des Menschen“ widerspreche. Das Gesetz bedeute einen schweren Eingriff in die Glaubens- und Gewissensfreiheit des christlichen Arbeiters. Im Mittelpunkt stehe nicht der Mensch, sondern die Produktion. Die atheistisch geprägte sozialistische Moral werde zum verbindlichen Maßstab gemacht.

Berlin gesichert

Bonn (dpa). Mit einem klaren „Ja“ beantwortete Staatssekretär Carstens im Bundestag die Frage des FDP-Abgeordneten Kreitmeyer, ob die Bundesregierung seit der Bedrohung Berlins im Herbst 1958 Maßnahmen vorbereitet habe, um derartigen Absichten wirkungsvoll begegnen zu können.

Auf die zusätzliche Frage, ob sichergestellt sei, daß derartige Maßnahmen nicht von Dritten, die in der EWG, der WEU und der NATO-Partner der Bundesrepublik seien, wirkungslos gemacht werden könnten, erklärte Carstens, ein Teil dieser Mächte habe mit der Berlin-Frage unmittelbar nichts zu tun. Bei den anderen seien alle Vorbereitungen zum Schutze Berlins getroffen.

Berlin, Kardinal Döpfner, ausgesprochen. In einer Predigt betonte Döpfner, daß jeder Mensch ein Recht auf Privateigentum habe. Wenn der Staat dieses Recht nicht respektiere, werde

Verräter

DT. Die Verurteilung des ehemaligen SPD-Bundestagsabgeordneten Frenzel zur Höchststrafe von 15 Jahren Zuchthaus zieht den Schlußstrich unter einen jahrelangen Verrat, der nicht nur der Bundesrepublik unermeßlichen Schaden zugefügt, sondern der auch das Verteidigungssystem des freien Europas ernstlich gefährdet hat. Das Urteil des Bundesgerichtshofes spricht von einem Schaden, der nicht wieder gutzumachen sei.

Landesverräter hat es zu allen Zeiten gegeben, unabhängig von der jeweiligen Regierungs- oder Staatsform. Diktaturen scheinen allerdings vor derartigen Verbrechen mehr geneigt zu sein als Demokratien; denn sie wissen ihre Geheimnisse besser zu schützen. Erstens ist der Kreis der Wissenden kleiner, zweitens schrecken drakonische Strafen schon vor kleinsten Vergehen und bloßer Fahrlässigkeit. Demokratien sind auch in ihren Rüstungs- und Verteidigungsfragen dem Parlament verantwortlich, das sich durch ständige Ausschüsse über die waffentechnische Entwicklung, über den Stand der Ausbildung und die ordnungsgemäße Verwendung der Etatsmittel unterrichtet.

Man muß erwarten, daß die Fraktionen in derart wichtige Ausschüsse nur ihre besten Mitglieder entsenden. Die SPD, der Frenzel bis zu seiner Verhaftung angehörte, war überzeugt, in ihm einen fachlich und charakterlich einwandfreien Mann und Experten zu besitzen. Man wird ihr die bona fides nicht absprechen können, wenn gleich die politische Vergangenheit Frenzels, besonders aber seine frühere Mitgliedschaft bei der KPD, hätte Anlaß zu größerer Vorsicht sein sollen. Es wird also niemand den Stab über eine Partei brechen wollen, nur weil sie in ihren Reihen einen kapitalen Verräter hatte.

Um so dringlicher aber erhebt sich der Ruf nach verstärkter Wachsamkeit und nach politischer Glaubwürdigkeit in Fragen der nationalen Existenz. Kein europäischer Staat ist derart östlicher Agenten- und Spionagetätigkeit ausgesetzt wie die

Sowjetspion im Foreign Office

Zehn Jahre im Auftrag Moskaus gearbeitet

London (ap/dpa/upi). Zu 42 Jahren Gefängnis ist gestern in London der 38jährige britische Diplomat George Blake verurteilt worden. Er wurde für schuldig befunden, für die Sowjetunion fast zehn Jahre lang Spionage getrieben zu haben. Dieser neue schwere Spionagefall im Foreign Office hat in London größtes Aufsehen erregt. Wegen der Bedeutung des Falles wurden auf höchsten Regierungsbeschuß keinerlei Einzelheiten über die Spionagetätigkeit Blakes, über den angerichteten Schaden und die Dienststellung des Verurteilten bekanntgegeben.

Es scheint jedoch festzustehen, daß Blake in der Spionageabwehr gearbeitet hat. Von April 1955 bis April 1959 war er bei der britischen Militärmission in Berlin. Blake dürfte in dieser Zeit mit den wichtigsten vertraulichen Dokumenten über die westliche Berlin-Politik und andere Ost-West-Fragen in Berührung gekommen sein.

Die Strafe ist die härteste, die je in Friedenszeiten in England für Spionage verhängt wurde. In der Urteilsbegründung sagte der Gerichtsvorsitzende, durch den Verräter sei ein großer Teil der Arbeit britischer Stellen völlig nutzlos und das Ergebnis dieser Arbeit gänzlich unbrauchbar geworden. Jedermann sei berechtigt, seine eigenen Überzeugungen zu haben, dieser Fall sei jedoch deshalb so schwerwiegend, weil Blake es als überzeugter Kommunist nicht vorzog, aus dem Regierungsdienst auszuschcheiden.

Blake, der aus Rotterdam stammt, war im zweiten Weltkrieg vor der deutschen Besatzung nach Großbritannien geflohen. Er diente in der bri-

tischen Marine und trat nach 1945 in den diplomatischen Dienst ein. 1950 war Blake Vizekonsul in Korea, wurde dort von dem nordkoreanischen Einmarsch überrascht und in ein Internierungslager gebracht. Nach Aussagen eines Mitgefangenen, des anglikanischen Bischofs Cooper, widerstand Blake selbst den intensivsten „Gehirnwäschen“ durch die Kommunisten. Dennoch scheint er etwa um diese Zeit Kommunist geworden zu sein. Aus Überzeugung hat Blake nach seinem Geständnis in den folgenden Jahren in all seinen diplomatischen Stellungen alles an die Sowjets verraten, was irgendwie von Bedeutung war. Zuletzt arbeitete er am Nahost-Institut des Foreign-Office in Beirut.

Blake, ein ruhig und zurückhaltend wirkender Mann, hat es geschickt verstanden, sich zu tarnen. Auch bei der umfassenden Überprüfung des britischen diplomatischen Dienstes nach der Flucht der beiden Diplomaten Burgess und MacLean nach Moskau wurde er nicht entdeckt.

Ehrenerklärung für Globke

Eichmann-Verfolger gegen SED-Anwalt Kaul

Jerusalem (ap) — Die Bundesregierung habe volles Vertrauen zu Staatssekretär Dr. Globke und halte ihn für einen Deutschen, der in Übereinstimmung mit seinen Gesinnungsgenossen versucht habe, das Beste zu leisten und das Schlimmste zu ver-

hüten. Das erklärte in einer Besprechung mit Journalisten in Jerusalem der amtliche Beobachter der Bundesregierung im Eichmann-Prozeß, Dr. Stärcken. Er wies die Angriffe zurück, die SED-Anwalt Dr. Kaul gegen Globke erhob, und legte zahlreiche Dokumente zur Entlastung des Staatssekretärs vor.

Das Auftreten Kauls in Jerusalem wurde auch von Simon Wiesenthal, der im Auftrag des israelischen Geheimdienstes wesentlich zur Auffindung Eichmanns beitrug, in einem Fernsehinterview scharf verurteilt. Den SED-Anwalt bezeichnete er als „instinktilos“.

Bundesrepublik. Sie lebt in einem permanenten Notstand. Das Heer der von Pankow entsandten und gelenkten Agenten geht in die Tausende. Das Karlsruher Urteil mahnt alle, nicht nur die berufsmäßigen Hüter von Recht und Verfassung.

Auch USA im Weltraum

Freude und Genugtuung im Westen — Zurückhaltung im Osten

Kap Canaveral (ap/dpa/upi). Die Vereinigten Staaten haben zum ersten Male erfolgreich einen Menschen zu einem Flug in den Weltraum entsandt und sicher wieder zur Erde zurückgebracht. In einer Raumkapsel an der Spitze einer 20 m langen und eineinhalb Tonnen schweren „Redstone“-Rakete stieß der 37 Jahre alte Marine-Offizier Alan Shepard etwa 180 Kilometer tief in den Weltraum vor und ging nach viertelstündigem Flug auf dem Atlantik, 465 Kilometer vom Startplatz entfernt, nieder. In der ganzen westlichen Welt hat der erfolgreiche Flug Freude und Genugtuung ausgelöst. Im Osten machte sich betonte Zurückhaltung bemerkbar. Zur gleichen Zeit, als Sondermeldungen über die amerikanische Pioniertat um den Erdball jagten, sendete Radio Moskau einen Bericht der Schach-Weltmeisterschaft.

Damit war der amerikanische Offizier nach dem sowjetischen Luftwaffenmajor Gagarin der zweite Mensch, der die Schwelle zum Weltraum überschritt. Shepard kam mit seinen 180 km nicht ganz so hoch wie Gagarin, dessen Gipfelhöhe über 300 km

sche Raketenfachmann Dr. Kurt Debus im Beisein von Dr. Wernher von Braun nach mehrmaligen Verzögerungen das Starkommando gab. Etwa 500 in- und ausländische Journalisten waren anwesend.

Präsident Kennedy, der mit Millionen von Amerikanern den Flug im Fernsehen beobachtet hatte, begrüßte den Erfolg des Unternehmens und forderte gleichzeitig doppelte Anstrengungen, um das lebenswichtige Raumfahrt-Problem der USA voranzutreiben. Er versicherte, daß er die ganze Welt an den erlangten wissenschaftlichen Informationen teilhaben lassen wolle.

Unaufhörlich trafen Glückwünsche im Weißen Haus ein. Bundeskanzler Adenauer telegraphierte an Kennedy: „Im Namen der Bundesregierung und des deutschen Volkes bitte ich Sie, den beteiligten Wissenschaftlern, den Technikern und besonders auch dem Piloten herzliche Glückwünsche und den Ausdruck aufrichtiger Bewunderung zu übermitteln.“ Der als „Vater der Raketentechnik“ bekannte deutsche Professor Hermann Oberth erklärte: „Wenn die Amerikaner so schnell weiterarbeiten, wie in der letzten Zeit, dann können sie die Russen bald einholen, vielleicht sogar bis Ende 1961.“

Der Vizepräsident der britischen Interplanetarischen Gesellschaft, Gatland, würdigte den Anteil deutscher Wissenschaftler an der amerikanischen Leistung. Er wies darauf hin, daß die „Redstone“-Rakete unter Führung Dr. Wernher von Brauns von einer Gruppe deutscher Raketen-Spezialisten entwickelt worden sei. Dieselben Deutschen hätten auch den ersten Satelliten in den Weltraum geschossen.

Shepard's Stundenplan

Das Weltraumabenteuer des Amerikaners Shepard wickelte sich nach folgendem Zeitplan (Ortszeit) ab:

- 5.18 Uhr: Shepard geht an Bord der „Mercury“-Kapsel;
- 9.34: Start, die Trägerrakete erhebt sich von der Rampe;
- 9.36: Kapsel löst sich von der Rakete;
- 9.38 bis 9.43: Shepard im schwerelosen Zustand;
- 9.47: Auslösung der ersten Bremsfallschirme;
- 9.49: Kapsel setzt auf dem Meeresspiegel auf;
- 9.53: Shepard wird vom Hubschrauber aufgepickt;
- 10.00: Shepard an Bord eines Flugzeugträgers.

betrug. In Kap Canaveral wurde jedoch betont, daß Shepard während seines Fluges die Kontrolle über die Bewegung seiner Kapsel selbst habe ausüben können, während das sowjetische Raumschiff von der Erde aus gesteuert worden sei.

Der amerikanische Kosmonaut hatte sich nach einer letzten medizinischen Untersuchung und einem ausgewählten Diät-Frühstück, 5.18 Uhr (Ortszeit), in der engen Kabine des Raumschiffes festschnallen lassen. Dort wartete er vier Stunden und 18 Minuten, bis der ehemalige deut-

Verbesserter Lastenausgleich

Hauptentschädigungen, Unterhaltshilfen und Renten erhöht

Bonn (ap/dpa). Die vom Bundestag verabschiedete Novelle zum Lastenausgleichsgesetz sieht in einzelnen folgende Verbesserungen vor:

● Die Hauptentschädigung, die Unterhaltshilfe und die Entschädigungsrente werden angehoben. Die Unterhaltshilfe wird von 140 auf 155 DM, der Zuschlag für den Ehegatten von 70 auf 85 DM erhöht. Der Kinderzuschlag steigt je Kind um 2 DM auf 49 DM.

● Ehemals Selbständige, wie Landwirte, Handwerker und Angehörige freier Berufe, erhalten zur Unterhaltshilfe einen „Selbständigenzuschlag“. Dieser beträgt bei einem Hauptentschädigungsanspruch von 3600 bis 4600 DM 30 DM im Monat. Bei Entschädigungsansprüchen von 4601 bis 5600 DM beläuft sich

der Zuschlag auf 40 DM monatlich, bei Ansprüchen von 5601 bis zu 7600 DM auf 50 DM und bei Ansprüchen über 7600 DM auf 65 DM monatlich. Bei Verheirateten erhöht sich dieser Zuschlag um jeweils 10 DM.

Die Entschädigungsrente wird um die Hälfte angehoben. Sie beträgt künftig zwischen 45 und 90 DM monatlich.

Auch für die Flüchtlinge aus der Sowjetzone beschloß der Bundestag eine Verbesserung. Sie besteht in einer Erleichterung bei der Zuerkennung des Ausweises „C“. Die Flüchtlinge brauchen für die Anerkennung als politischer Flüchtling, die sie den Vertriebenen gleichstellt, künftig nur noch nachzuweisen, daß sie sich in der Zone in einer besonderen Zwangslage befanden. Auch wirtschaftliche Flüchtlingsgründe werden dabei anerkannt.

Freiheit — Selbstbestimmung — Wohlstand

Das „Kölner Manifest“ der Christlich-Demokratischen Union

Köln (Eigenbericht)

Das vom CDU-Parteitag angenommene „Kölner Manifest“ hat folgenden Wortlaut:

„Deutschland, nach dem zweiten Weltkrieg verachtet und verlassen, hat in der Bundesrepublik unter Führung der Union Achtung und Freundschaft in der freien Welt erworben und Sicherheit vor dem sowjetischen Imperialismus gewonnen.

Noch aber leben siebzehn Millionen Deutsche in der Zone unter täglich neuen Bedrückungen eines fremden Gewaltregimes. Ihnen bleiben wir mit unserer ganzen politischen Arbeit leidenschaftlich verbunden.

Das deutsche Volk in der Bundesrepublik hat unter Führung der Union den konfessionellen Hader und die klassenkämpferische Zwietracht überwunden und sich aus Armut und Not zu wachsendem Wohlstand emporgearbeitet.

Die Union stellt sich in Zuvorsicht dem Urteil des deutschen Volkes bei der Wahl zum Bundestag am 17. September 1961. Dem guten Recht eines jeden, aber keinem einseitigen Interesse verpflichtet, werden wir auch in Zukunft, in Verantwortung vor Gott und den Menschen, unsere politische Entscheidung treffen.

DIE UNION WILL

- die Freiheit aller Deutschen,
- den Frieden der Welt,
- die Einheit des Vaterlandes,
- die Einigung Europas,
- die atlantische Gemeinschaft.

SIE FORDERT DESHALB

1. die Sicherheit unseres Staates und seiner Bürger vor jeder Bedrohung von außen und innen,
2. das Recht auf Selbstbestimmung für alle Deutschen, die Freiheit der Hauptstadt Berlin, die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit,
3. die Einigung Europas und den Ausbau des atlantischen Bündnisses,
4. die allgemeine kontrollierte Abrüstung, einschließlich aller Atomwaffen,

5. die gemeinsame Hilfe der freien Welt für die Entwicklungsländer.

DIE UNION WILL

- △ die Freiheit des Bürgers,
- △ die Förderung der Familie,
- △ die freie Entfaltung der Gesellschaft,
- △ Eigentum für jeden und Wohlstand für alle,
- △ soziale Ordnung in Stadt und Land.

SIE FORDERT DESHALB

1. Die Weiterführung der sozialen Marktwirtschaft, die Beseitigung jeder marktwidrigen Konzentration, die Stärkung des Mittelstandes und der Landwirtschaft, die weitere Eingliederung der Vertriebenen und Flüchtlinge, stabiles Geld und gesunde Währung, gesichertes Sparen und weit gestreutes Eigentum, Weiterführung der Sozialreform, des sozialen Wohnungsbaus, des Prämiensparens und der Volksaktien.

2. Solide Ausbildung unserer Jugend von der Volksschule bis zur Universität, Ausbau der Bildungs- und Forschungseinrichtungen, familiengerechte Förderung aller Begabten von

der Fachschule bis zu den wissenschaftlichen Hochschulen durch Stipendien und Darlehen, für jeden die gleiche Chance nach Begabung und Neigung.

3. Stärkung der Familie, Ausbau des Kindergeldes, Entlastung der Mütter, Sorge für die Alten, Förderung des Eigenheims und der Eigentumswohnung, familiennahe Kindergärten und Spielplätze.

4. Bau von Sportplätzen, Turnhallen und Schwimmbädern nach dem „Goldenen Plan“, Schaffung und Pflege von Erholungs- und Wandergebieten.

5. Umfassende Raumordnung, Erneuerung unserer Städte und Dörfer, Entlastung der Ballungsgebiete, Herabsetzung der Wohndichte, mehr Grünflächen in unseren Städten, Verbesserung der Verkehrs- und Straßenverhältnisse, Lärmbekämpfung, Reinhaltung von Luft und Wasser.

Die Erfolge unseres Volkes unter der Führung der Union sind jedem sichtbar. Wer das Erreichte nicht aufs Spiel setzen, wer unsere Zukunft sichern, wer den Weg nach oben weitergehen will, wählt die Christlich-Demokratische Union Deutschlands.“

Stalman schlägt zurück

Strafantrag gestellt — Holländischer Bankier weiß nichts

Bonn (dpa). Der Leiter der Außenhandelsabteilung im Bundesernährungsministerium, Ministerialdirektor Stalman, gegen den ein Ermittlungsverfahren wegen angeblicher schwerer Bestechung läuft, hat jetzt zum Gegenschlag ausgeholt. In seinem Auftrag haben die Bonner Anwälte Dahs und Redecker gegen die Urheber und Verbreiter der angeblich verleumderischen Beschuldigungen Strafanzeige wegen falscher Anschuldigung und Strafantrag wegen verleumderischer übler Nachrede bei den Staatsanwaltschaften in Den Haag und Bonn erstattet.

Die Beschuldigungen gegen Stalman waren der Bundesregierung und der Bonner Staatsanwaltschaft in einer Anzeige aus amtlichen holländi-

sehen Kreisen zugegangen. Die Verteidigung von Stalman wirft der Bonner Staatsanwaltschaft vor, sie habe seit der Haftentlassung Stalmanns am 22. April keinerlei konkrete Tatsachen bekanntgegeben, die eine Aufrechterhaltung des Tatverdachts gegen den Beschuldigten begründen könnten.

Aus diesen Gründen haben Dahs und Redecker Besprechungen mit dem holländischen Bankier Goetzen geführt, über dessen Ost-West-Syndikat die angeblichen Bestechungen gelaufen sein sollten. Goetzen hat, wie verlautete, den beiden Bonner Anwälten mitgeteilt, daß von ihm weder direkt noch indirekt Stalman-Bestechungszuwendungen gemacht worden seien.



BILDER DER WOCHE. Oben: Königin Elizabeth wurde bei ihrem Staatsbesuch in Rom herzlich empfangen. Ihr Blick gilt den Flugzeugen, die zu ihrer Begrüßung erschienen sind. Neben ihr Staatspräsident Gronchi. — Unten: Die Spieler des HSV wurden bei ihrem Europacuptreffen gegen Barcelona in Brüssel von König Baudouin und Königin Fabiola begrüßt.

